



KKV

Verband der Katholiken
in Wirtschaft und Verwaltung e.V.

Deutschland nach der Wahl: Konsequenzen für den Regierungsalltag

- Matthias Hauer MdB
- Prof. Dr. Wim Kösters
- Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte
- Prof. Dr. Joachim Wiemeyer

20

Dokumentation

KKV-Herbstforum am 4. November 2013
in Essen

KKV Diözesanverbände
Essen e.V.,
Aachen, Köln, Münster, Paderborn

Inhalt

Begrüßung 4

Statements:

Matthias Hauer MdB 8

Prof. Dr. Wim Kösters 13

Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte 18

Prof. Dr. Joachim Wiemeyer 19

Schlusswort 29

Ein Verband stellt sich vor..... 33

Begrüßung

Reinhard Schaffrick, Vorsitzender KKV-Diözesanverband
Essen

Als Diözesanvorsitzender des KKV-Diözesanverbandes Essen begrüße ich Sie zu unserem 20. Herbstforum, welches wir auch in diesem Jahr in guter Kooperation und Zusammenarbeit mit den Diözesanverbänden Aachen, Köln, Münster, Paderborn, der Konrad-Adenauer-Stiftung-Bildungswerk Dortmund sowie der Pax-Bank eG Essen veranstalten.

Allen Kooperationspartnern und Förderern herzlichen Dank für Ihre Beiträge zum Gelingen dieses Herbstforums.

„Deutschland nach der Wahl: Konsequenzen für den Regierungstag“

das ist das Thema unseres heutigen Forums.

Liebe KKVinnen, liebe KKVer

aus den Ortsgemeinschaften, aus den Diözesanverbänden und aus dem Bundesverband mit unserem Bundesverbandsvorsitzenden Herrn Bernd Wehner,

sehr geehrte Frau Bauer, Leiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung – Bildungswerk Dortmund,

sehr geehrte Herren des Podiums

Herr Matthias Hauer

Herr Prof. Dr. Wim Kösters

Herr Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Herr Prof. Dr. Joachim Wiemeyer

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich danke Ihnen allen, dass Sie unsere Einladung angenommen haben und dass Sie heute hier bei uns sind. Ich heiÙe Sie alle herzlich willkommen.

Sie werden festgestellt haben, dass ich Herrn Laumann bei der BegrüÙung nicht genannt habe. Herr Laumann lässt sich entschuldigen und grüÙt Sie alle herzlich, leider muss er heute einen Termin in Berlin wahrnehmen, um die Konsequenzen der Wahl für den zukünftigen Regierungsalldag zu bedenken und zu besprechen.

Herr Hauer hat dankenswerterweise ganz kurzfristig die Position von Herrn Laumann, aber nur hier beim Herbstforum, übernommen, wofür wir uns besonders bei Ihnen Herr Hauer bedanken.

Die Podiumsteilnehmer werden gleich noch ein wenig umfassender vorgestellt.

Die GrüÙe und die Wünsche für einen guten Verlauf dieses Herbstforums möchte ich Ihnen auch von unserem Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck und unserem Generalvikar Klaus Pfeffer übermitteln.

Warum veranstalten wir als KKV, als die Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung die Herbstforen, heute in der Tradition des 20. Forums?

Wir sind ein kirchlicher Verband und als solcher stehen wir mit kirchlichem Auftrag mitten in unserer Gesellschaft. Wir haben den Auftrag mit christlichen Überzeugungen in die Gesellschaft hineinzuwirken. Denken Sie in diesem Zusammenhang an die christliche, ich betone ausdrücklich christliche Soziallehre, sowie an die Grundlagen sozialer Marktwirtschaft.

Dies immer wieder bei allen Akteuren unserer Gesellschaft besonders bei der Politik und bei den Wissenschaften einzufordern und auch bei

uns selbst zu hinterfragen ist eine wesentliche Aufgabe der Sozialverbände der Kirchen.

Diesem Auftrag, ich habe es bereits betont, fühlen wir uns hier in Essen ganz besonders verpflichtet und darum findet dieses Herbstforum heute bereits zum 20. Male statt.

Am 22. September 2013 haben wir alle mit der Macht unseres Kreuzes, wie die Zeit in einem Artikel schrieb, gewählt.

Offensichtlich haben wir ein wenig Verwirrung bei den Politikern gewählt, denn bis zum heutigen Tage haben wir noch keine neue Regierung. Die Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU/CSU und der SPD zum Zustandekommen einer Regierungskoalition laufen noch.

Prognostiziert ist, dass vor Weihnachten das arbeitsfähige Kabinett mit der dann wiedergewählten Kanzlerin installiert ist.

„Deutschland nach der Wahl: Konsequenzen für den Regierungsalltag“

Vor der Wahl gab es Zusagen und Programme für die nächste Legislaturperiode, nicht nur für die Klientel der eigenen Partei, sondern auch für die, die unentschlossen in ihrer Wahlentscheidung waren und für die, die als Wechselwähler interessant waren.

Nun stellt sich der Sachverhalt zur Regierungsbildung so dar, dass diese zugesagten Versprechungen aus den jeweiligen Parteiprogrammen sowohl aus Gründen der Staatsräson als auch aus Gründen der Parteilräson zueinander geführt werden müssen.

Aus dieser Situation ergeben sich andere Konsequenzen eines zukünftigen Regierungsalltags als dies unter den Vorstellungen aller Akteure vor der Wahl denkbar war.

Dieser augenblickliche Zustand der Verhandlungen unter den Koalitionären ist hochinteressant. Der Umgang mit den sich zeigenden Problemen zur Regierungsbildung und der Aufstellung eines einvernehmlichen Regierungsprogrammes ist spannend für uns alle und diese Spannung wollen wir heute, mit Hilfe unserer mit Weitblick ausgestatteten Expertenrunde, noch ein wenig erhöhen oder vielleicht können wir die Spannung auch ein wenig auflösen.

Ich wünsche Ihnen ein hochinteressantes und spannendes Herbstforum.

Frau Bauer wird die Moderation der heutigen Veranstaltung nun übernehmen.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Matthias Hauer MdB

Sehr geehrte Frau Bauer,
sehr geehrter Herr Schaffrick,
meine Damen und Herren,

es ist mir eine Freude, in dieser illustren Runde heute als Teilnehmer die Politikrepräsentieren zu dürfen – kurzfristig für Herrn Kollegen Laumann – und meine Gedanken zu den Ergebnissender Bundestagswahl 2013 sowie für den Regierungsalltag oder für die Regierungsbildung heute hier äußern zu können.

Ich kann natürlich noch nicht auf einen so reichen Erfahrungsschatz zurückgreifen – meine Wahl in den Deutschen Bundestag liegt erst wenige Wochen zurück – und habe daher mit sehr großem Interesse Ihre Impulsvorträge verfolgt.

Als Politiker der CDU und frisch gewähltes Mitglied des 18. Deutschen Bundestages – und das verzeihen Sie mir – freue ich mich erst einmal über das Wahlergebnis meiner Partei. Das Ergebnis ist nicht zuletzt ein großer Vertrauensvorschuss, dem es jetzt gerecht zu werden gilt. Das gilt sowohl für eine künftige Regierung – aller Wahrscheinlichkeit nach eine Große Koalition, ich bin da etwas optimistischer als der eine oder andere Vorredner – aber natürlich auch für den einzelnen Abgeordneten.

Ich freue mich auf die Herausforderung, für den Wahlkreis in Berlin das Beste zu geben. Ich bin mir der Verantwortung bewusst und freue mich auch auf diesen Perspektivenwechsel von außen auf die Dingen zu schauen – wie es in der Vergangenheit der Fall war – und jetzt demnächst in diese Entscheidungsprozesse aktiv von innen einbezogen zu werden, was mich persönlich noch sehr stark beeindruckt, das erste Mal im Reichstag zu sitzen.

In meinen Wahlkreis hier im Essener Süden und Westen –Sie haben es vielleicht mitbekommen, gerade wurde es auch noch einmal erwähnt – hat es für das CDU-Direktmandat gereicht. Wir haben es etwas spannender gemacht, wir haben auch etwas länger gebraucht als andere, aber wir haben eine gewisse Aufmerksamkeit damit erzielt,

was zumindest auch – ich sage mal – die Demokratietheoretiker sicherlich erfreut hat und uns bei den nächsten Wahlen immer wieder ermöglichen wird zu sagen: Das ist der Beweis, es kommt auf jede Stimme an!

Diese besondere Verantwortung aus dem Direktmandat heraus freut mich natürlich besonders und veranlasst mich dazu, ihr besonders gerecht werden zu wollen. Jedenfalls haben wir hier im Essener Süden und Westen zumindest den am besten ausgezählten Wahlkreis in ganz Deutschland.

Sie haben in der Einladung zu dieser Veranstaltung die Frage gestellt nach der Vereinbarkeit von Staatsräson und Parteiräson. Die Frage hat Frau Merkel ja schon im TV-Duell recht einfach beantwortet: erst das Land, dann die Partei, dann die Person.

Eine Partei muss sicherlich – das gehört auch dazu – einheitlich auftreten, um ihre Positionen durchsetzen zu können. Gerade Wählerinnen und Wähler bürgerlicher Parteien erwarten das auch mehr als Wählerinnen und Wähler anderer Parteien und wissen das auch zu schätzen, wenn das gelingt. Wir haben einen innerparteilichen Prozess hinter uns, uns auf Positionen und Maßnahmen geeinigt, von denen wir überzeugt sind, dass sie gut für das Land sind, die aber auch bereits Kompromisse darstellen – Stichwort Parteiräson – und diese schon beinhalten.

Gerade vor dem Hintergrund der besonderen Situation der Union, die bekanntermaßen aus zwei Parteien besteht, wird das Thema Parteiräson schnell zum Thema Parteienräson – das Thema Maut möchte ich an dieser Stelle nur mal kurz beispielhaft erwähnen.

Es wird Sie nicht wundern, wenn ich persönlich erst einmal der Auffassung bin, dass das Wahlprogramm „Union pur“ das beste Regierungsprogramm wäre. Das werden im Zweifel Herr Gabriel und seine Parteifreunde etwas anders bewerten, auch das sei ihnen gestattet.

Trotz des sehr guten Wahlergebnisses hat es für die absolute Mehrheit am Ende nicht gereicht. Insofern sind Koalitionsverhandlungen und Kompromisse notwendig, was dazu führt, dass Koalitionsverhandlungen für Parteimitglieder und Parteipolitiker durchaus eine frustrierende

Angelegenheit sein können. Weil die Positionen, die man im Wahlkampf verteidigt hat – an die man sich vielleicht erst einmal selbst gewöhnen musste, weil man innerparteilich auch mal anderer Auffassung war – wieder zur Disposition gestellt werden. Plötzlich kommen vielleicht ganz andere Maßnahmen und Positionen auf den Tisch, die es zu vertreten gilt. Koalitionsverhandlungen sind also durchaus auch schon mal frustrierend, wenn Positionen verwässert oder sogar ganz geopfert werden müssen.

Dazu kommt, dass die SPD bekanntlich nicht gerade der Wunschpartner der Union war – wenn auch durchaus der Wunschpartner der Mehrheit der Bevölkerung – weil bei genauer Lektüre der Wahlprogramme durchaus große Unterschiede zu finden sind. Nichtsdestotrotz ist jetzt das Ziel in den Koalitionsverhandlungen, viel vom Programm der Union in ein gemeinsames Regierungsprogramm einzubringen.

Wenn ich zwei Themen nennen darf, die uns als Union in den Koalitionsverhandlungen besonders wichtig sind, dann ist das an erster Stelle das Nein zu Steuererhöhungen und zweiter Stelle die Nachbesserung beim Thema Mütterrente. Das sind die beiden Themen, die – wenn man mit den verschiedensten Verantwortlichen aus dem Kreise der Verhandlungsführer der Union spricht – immer benannt werden als die Themen, die sozusagen nicht verhandelbar sind. Weil natürlich jeder Einzelne weiß, das sind die Themen, die besonders mit der Union verbunden werden und wenn bei diesen starke Kompromisse gemacht werden, dann würde das der Union sehr negativ angelastet werden. Das ist auch der Bereich, wo beim Thema Gerechtigkeit aus unserer Sicht nachgebessert werden muss. Gerade beim Thema Mütterrente, wo Frauen – deren Kinder vor 1992 geboren wurden – momentan deutlich benachteiligt werden.

Das sind wir den Wählerinnen und Wählern schuldig und wir haben auch den Anspruch, dass der Wählerwille – der sich im Wahlergebnis gezeigt hat – sich auch in den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen widerspiegelt.

Denn eine Spitze sei mir erlaubt! Im Gegensatz zur letzten Großen Koalition 2005 ist es jetzt nicht mehr so, dass die Parteien, die miteinander verhandeln auf Augenhöhe unterwegs sind. 2005 sprachen wir übereinen Prozentpunkt Unterschied zwischen Union und SPD, heute

ist es ein Unterschied von knapp sechzehn Prozentpunkten. Das muss sich dann auch in programmatischen Festlegungen wiederfinden.

Die Wählerinnen und Wähler wollten keinen Politikwechsel. Prof. Korte hat gesagt, sie haben das „weiter so“ gewählt und an erster Stelle steht jetzt die Bildung einer stabilen Regierung. Man hat ja jetzt schon die Befürchtung, dass es vielleicht eine zu stabile Regierung oder eine zu starke Parlamentsmehrheit geben könnte, da stellen sich dann wieder ganz andere Probleme.

Wir haben 311 Unionsabgeordnete, wir haben 193 SPD-Abgeordnete, das macht in Summe 504 Parlamentarier, die eine Regierungsmehrheit bei einer Großen Koalition tragen würden. Dem stehen 127 Abgeordnete von Grünen und Linken gegenüber. Also weniger als ein Viertel der Parlamentarier wären in einer solchen Konstellation Opposition. Und dieses Viertel bräuchte man, um wichtige Kontrollrechte der Opposition wahrnehmen zu können. Nicht nur in Zusammenarbeit mit der Regierung, ich denke da natürlich vor allem an den Bereich der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, aber auch der Normenkontrolle vor dem Bundesverfassungsgericht. Also die abstrakte Möglichkeit, ein Gesetz der Überprüfung auf Verfassungsmäßigkeit zu unterziehen. Dazu braucht man ein Viertel der Abgeordneten, das wäre bei einer solchen Konstellation momentan nicht gewährleistet.

Selbst wenn man dieses Quorum von einem Viertel auf zwanzig Prozent reduzieren würde, wären das immer noch 126 Abgeordnete, also einer weniger als beide Oppositionsparteien zusammen an Stimmen aufbringen.

Deshalb hat auch Bundestagspräsident Lammert zurecht das Problem bei der konstituierenden Sitzung angesprochen, und sowohl von Seiten der Union als auch der SPD wurde bereits deutlich gemacht, dass es möglich sein muss, dass die Oppositionsfraktionen gemeinsam einen Untersuchungsausschuss einberufen, ohne vom guten Willen der Regierungsfractionen abhängig zu sein.

Die größte Hürde für die Große Koalition sehe ich derzeit noch in der Mitgliederbefragung der SPD, die bis Mitte Dezember abgeschlossen sein soll. Ich finde es durchaus problematisch, wenn am Ende Teile – vielleicht auch sehr kleine Teile, man weiß schließlich nicht, welche

Beteiligung bei einer solchen Mitgliederbefragung zustande kommt – über das "Wohl und Wehe" der Regierungskoalition entscheiden.

Denn – und das beunruhigt mich – was als Gegenargument meistens gegen eine große Koalition hervor gebracht wird, ist nicht, dass die letzte Große Koalition schlechte Arbeit geleistet hat, sondern dass die letzte Große Koalition schlecht für die SPD war. Da sind wir dann wieder beim Thema Parteiräson versus Staatsräson, was laut Einladung Schwerpunkt dieser Veranstaltung sein sollte.

Und das Ganze vor dem Hintergrund, dass momentan zwei Drittel der Bevölkerung sagen: Wir wollen eine Große Koalition.

Ich gehe davon aus, dass der SPD-Führung das durchaus bewusst ist und ich gehe auch davon aus, dass die SPD-Führung sich deshalb nicht darauf verlassen wird, am Ende nur die inhaltlichen Erfolge in den Koalitionsverhandlungen heraus zu stellen, nicht nur auf Staatsräson zu pochen, sondern auch deutlich machen wird und muss, dass Parteiräson hier auch stattzufinden hat.

Wir sehen die Vorbereitungen darauf bereits, der Titel der heutigen FAZ lautet: Merkel und Gabriel stimmen ihre Parteien auf Kompromisse ein. Das zeigt, dass die SPD gut daran tut, die Frage der Koalition nicht nur zur Staatsräson zu machen sondern auch zur Parteiräson.

Gabriel hat heute gesagt: Kann es sich eine Partei wie die SPD leisten, alles oder nichts zu sagen? Da sieht man schon, dass diese Staatsräson zur Parteiräson herüber gezogen wird und das ist auch wichtig, gerade angesichts der Bedenken, die in der SPD-Basis existieren, dass eine Große Koalition problematisch für das zukünftige Abschneiden der SPD sein könnte.

Mit diesem Gedankengang möchte ich meine Rede abschließen, freue mich auf die gemeinsame Diskussion mit Ihnen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
und Ruhr-Universität Bochum

Der Regierungsalltag in den nächsten vier Jahren wird entscheidend geprägt sein von der Koalitionsvereinbarung, die gegenwärtig zwischen CDU, CSU und SPD ausgehandelt wird. Obwohl es recht sicher zu sein scheint, dass es zu einer großen Koalition kommen wird, ist überhaupt noch nicht klar, auf was sich die Partner im Einzelnen einigen werden. Statt Spekulationen über die Inhalte anzustellen, möchte ich im Folgenden auf die großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen, vor denen die neue Bundesregierung steht, hinweisen und auf absehbare Risiken aufmerksam machen.

Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer relativ guten ökonomischen Verfassung, dies gilt besonders im Vergleich zu den meisten unserer Nachbarländer in Europa. Anders als sie hat sich Deutschland relativ schnell von der Großen Rezession, verursacht durch die internationale Finanzkrise, erholt. Sein BIP in 2013 übertrifft das Vorkrisenniveau (2007), was nur bei wenigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften der Fall ist. Für dieses Jahr prognostiziert die soeben unter Mitwirkung des RWI erstellte Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2013 ein Wachstum von (bescheidenen) 0,4%, was aber über dem EWU-Durchschnitt liegt. Für 2014 werden 1,8% erwartet.

Die Zahl der Beschäftigten ist in den letzten fünf Jahren kontinuierlich um 1,5 Millionen gestiegen und hat nach Auskunft der Bundesagentur für Arbeit im September 2013 mit 42,2 Millionen einen Höchststand seit der Wiedervereinigung erreicht ("Deutsches Job-Wunder"). Angesichts auch deutlich gesunkener Arbeitslosenzahlen (Arbeitslosenquote unter 7% nach nationalen Kriterien und 5,4% (2012) international standardisiert) wird in Deutschland wieder von Vollbeschäftigung gesprochen, während die Arbeitslosenquoten in den Mitgliedsländern der EU (über 11%) und erst recht in denen der EWU (über 12%) noch immer steigen. Die Arbeitslosenquote in Deutschland ist mithin deutlich weniger als halb so hoch wie z.B. die in Frankreich und im EU- bzw.

EWU-Durchschnitt, oder weniger als ein Fünftel der Arbeitslosenquote Griechenlands und auch Spaniens.

Während sich noch 12 von 17 EWU-Ländern in einem Defizit-Verfahren befinden, macht Deutschland Fortschritte bei der Konsolidierung seiner öffentlichen Haushalte und erzielt ab 2012 Überschüsse.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zeigt sich auch darin, dass es das einzige G8-Land ist, das seinen Anteil an den Weltexporten hat in etwa halten können, während der Anteil der anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften nicht zuletzt durch den schärfer werdenden Wettbewerb mit den Schwellenländern zurückgegangen ist. Als sehr positiv wird in diesem Zusammenhang bewertet, dass der Anteil der Industrie am BIP in Deutschland etwa 23% beträgt, während er in den USA, GB und auch Frankreich um bis zu 10 Prozentpunkte darunter liegt. Für diese vorteilhafte Entwicklung sind sicherlich die Hartz-Reformen und die maßvollen Tarifabschlüsse über eine Reihe von Jahren mit verantwortlich.

Wenn es einem Unternehmen zu gut geht, machen Management und Aufsichtsgremien leicht Fehler (Ulrich Grillo, Handelsblatt vom 31.10.2013, Das Jobwunder). Dies trifft auch auf Regierungen zu, indem sie angesichts einer momentan günstigen Wirtschaftsentwicklung die Verteilungsspielräume überschätzen und mit neuen kostspieligen Maßnahmen die Wirtschaft überfordern. Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen die Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren steht, könnte dies fatale Folgen haben:

- Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ökonomisch noch nicht „verdaut“.
- Dies gilt ebenso für die weltweite Finanzkrise und erst recht für die europäische Schuldenkrise.
- Die Globalisierung erfordert weitere Anpassungen.
- Mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand wird das Problem der alternden Gesellschaft in den kommenden Jahren in Deutschland immer spürbarer werden.
- Die ausgerufenen Energiewende muss erfolgreich umgesetzt und zu Ende geführt werden.

Es besteht also überhaupt kein Grund, sich auf Erfolge in Vergangenheit und Gegenwart auszuruhen. Vielmehr gilt das Wort von Ludwig Erhard: „Soziale Marktwirtschaft ist eine Daueraufgabe.“

Lassen Sie mich – wegen der Kürze der Zeit – lediglich auf drei Bereiche der Wirtschaftspolitik mit besonderen Risiken eingehen:

1. Europäische Schuldenkrise
2. Gesetzlicher Mindestlohn
3. Energiewende

Zu 1.:

Nicht zuletzt durch die Ankündigung der EZB zum unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen aus Krisenländern (OMT, outright monetary transactions) – sollte die Situation dies erforderlich machen – hat sich die Lage in den Krisenländern beruhigt, da erwartet wird, dass die EZB notfalls den Zusammenhalt der EWU sicherstellen wird. Dieses ist jedoch nur eine Momentaufnahme: die europäische Schuldenkrise ist nicht vorüber!

Der vom Europäischen Rat eingeschlagene Kurs wird nur dann zu einer Lösung führen, wenn es gelingt, den Druck auf die Krisenländer zur Umsetzung dringend notwendiger Reformen für eine Reihe von Jahren aufrecht zu erhalten und die Geldpolitik und Kredite aus dem ESM (European Stability Mechanism) nur dann unterstützend einzusetzen, wenn die vereinbarten Auflagen eingehalten werden. Geschieht das nicht und wird mit expansiver Geldpolitik und ESM-Krediten auch bei nachlassender Reformtätigkeit "geholfen", droht ein "Mezzogiorno-Problem", d.h. ähnlich wie der Süden Italiens sich trotz großer Hilfen des Nordens über Jahrzehnte nicht entwickelt hat und dauerhaft auf Hilfe des Nordens angewiesen bleibt. In diesem Fall droht aber ein Auseinanderbrechen der EWU und mehr, z.B. politische Instabilität auch in den Geberländern.

Da SPD (und Grüne) in der Vergangenheit die Einführung von Eurobonds gefordert haben und mit Wachstumsargumenten für eher laxere Auflagen plädiert haben, könnte die Bundeskanzlerin in Zukunft zu einem konzilianteren Kurs gezwungen sein, mit der Gefahr, dass da-

durch notwendige Reformen in den Krisenländern noch weniger entschlossen umgesetzt werden und ein Mezzogiorno-Problem entsteht. Dies gilt auch für die notwendige Neuordnung des institutionellen Rahmens der EWU. So könnte der Druck auf die Europäische Kommission nachlassen, den reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt konsequent durchzusetzen und nicht – was sich in letzter Zeit andeutet – die Spielräume maximal auszunutzen und ihn damit wieder zu verwässern. Zudem wird es darauf ankommen, den im Rahmen der Bankenunion zu schaffenden Europäischen Bankenrestrukturierungsfond so auszugestalten, dass bei Schiefagen von Banken zunächst Anteilseigner und Fremdkapitalgeber, dann Großanleger, dann der Nationalstaat und erst zuletzt der europäische Steuerzahler in die Pflicht genommen wird. Dem Versuch, die eigenen Probleme durch eine "Flucht in die europäische Zentralität" (Udo di Fabio) lösen zu wollen, muss entschieden begegnet werden. Wird die neue Bundesregierung die Kraft dafür aufbringen?

Zu 2.:

Deutschland hat ein ausgebautes soziales Sicherungssystem und auch tariflich vereinbarte Mindestlöhne für bestimmte Branchen. Mit der Umsetzung der SPD-Forderung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro würde mit der höchste Mindestlohn in Europa festgelegt. Von einem solchen Mindestlohn wären im Durchschnitt 6,1 Millionen Beschäftigte betroffen, was einem Anteil von 19,2% entspricht (in den neuen Bundesländern noch deutlich mehr). Zum Vergleich: in Großbritannien sind nur rund 5% und selbst in Frankreich, das oft als Beispiel für hohe Mindestlöhne herangezogen wird, sind lediglich 13% betroffen (C.M. Schmidt, 8,50 € – Gefährdet ein gesetzlicher Mindestlohn Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft in Deutschland? - VBKI Spiegel #231). Dass die Arbeitslosigkeit in Frankreich mehr als doppelt so hoch ist wie in Deutschland, sollte zu denken geben. Ganz entscheidend wird sein, wer den gesetzlichen Mindestlohn, wenn er denn kommt, festlegen wird. Geschieht dies politiknah, wird der Mindestlohn zu einem politischen Preis, den Parteien vor Wahlen zu erhöhen versprechen. Man kann sich leicht ausrechnen, dass seine Anpassung nach oben immer mehr niedrig Qualifizierten die Chance auf einen Job nehmen wird. Am unschädlichsten wäre die Festsetzung durch eine unabhängige Kommission, wie der britischen "Low Pay Commission", die die Auswirkungen des eingeführten

Mindestlohns laufend evaluiert und Anpassungen nach oben, aber auch nach unten vorschlägt. Auf einen wichtigen Aspekt der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns wird kaum hingewiesen: er dient zum Unterlaufen der Regeln des Binnenmarktes. Denn im Gegensatz zu einem tariflich vereinbarten Mindestlohn kann ein gesetzlicher Mindestlohn verpflichtend gemacht werden für z. B. Dienstleistungsanbieter aus Mittel- und Osteuropa, um sie dadurch weitgehend konkurrenzfähig zu machen.

Zu 3.:

Die Energiewende muss so gemanagt werden, dass Deutschland international konkurrenzfähig bleibt und auch kein neues soziales Problem im Inland geschaffen wird. Das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) muss dringend reformiert werden. Insbesondere die übermäßige Förderung der Photovoltaik hat zu starke Anreize für einen forcierten Ausbau dieser sehr teuren Energieversorgung gesetzt. Zwischen 2000 und 2012 sind wegen der garantierten Einspeisevergütung Ansprüche in Höhe von 108 Mrd Euro entstanden, von denen bis jetzt nur etwa 20% abgetragen worden sind (M. Frondel, C.M. Schmidt, C. Vance, Solarweltmeister Deutschland? Ein gewaltiger Irrtum. – In: List Forum. Bd. 39 (2013), S. 99-121). Eine Quotenlösung könnte für mehr Wettbewerb zwischen den erneuerbaren Energien und damit eine Kontrolle der Preisentwicklung sorgen. Der forcierte Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland trägt nicht positiv zur Verhinderung des Klimawandels bei. Denn dies wird über den Emissionshandel geregelt.

Es muss verhindert werden, dass durch die starken Interventionen im Energiebereich weitere Interventionstatbestände geschaffen werden ("Ölflecktheorie", L. von Mises): Schon fordert NRW-Wirtschaftsminister Duin Subventionen für Kohlekraftwerke und Forderungen nach Unterstützung solcher Stromkunden, die ihre höheren Rechnungen nicht mehr bezahlen können, liegen auch schon auf dem Tisch. Wird die neue Bundesregierung bei den widerstreitenden Interessen der Länder und Lobbygruppen zu einer Reform des EEG finden, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wahrt und die Entwicklung der Energiepreise unter Kontrolle hält?

Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Universität Duisburg-Essen,
Professur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt
"Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und
moderne Staatstheorien"

Den YouTube-Link zum Redebeitrag von Prof. Dr. Rudolf Korte finden
Sie auf der KKV-Homepage unter www.kkv-essen.de.

Prof. Dr. Joachim Wiemeyer

Lehrstuhlinhaber an der Katholisch Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum

Die Soziallehre der Kirche tritt für eine gerechte und solidarische Gesellschaft ein. Im gesellschaftlichen Leben besteht immer die Gefahr, dass bestimmte Personengruppe an den Rand geraten, im Abseits stehen und nicht, oder nur unvollkommen an der Gesellschaft teilhaben. Daher muss gerade diesen Personen die besondere Aufmerksamkeit der Soziallehre der Kirche gehören. Diese Zuwendung zu den Armen ist Bestandteil des Evangeliums, beginnt doch Jesus selbst sein öffentliches Auftreten im Lukas-Evangelium mit dem Satz „Ich bin gekommen, den Armen eine gute Nachricht zu bringen“ (Lk 4,18). Diese Hinwendung zu den Armen, Unterdrückten, Vernachlässigten und an den Rand Gedrängten ist ein wesentliches Kennzeichen des christlichen Weltauftrages. In der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung ist dies als „vorrangige Option für die Armen“ bezeichnet worden. Papst Franziskus hat die Zuwendung der Kirche zu Armen zu einem zentralen Bestandteil seines Pontifikats gemacht. In diesem Sinne sollen als politische Herausforderung für die nächste Wahlperiode in Deutschland vier zentrale Anliegen benannt werden. Zunächst hat Papst Franziskus selbst mit seinem Besuch in Lampedusa auf das Schicksal der Flüchtlinge im Mittelmeer aufmerksam gemacht. Dieses Anliegen das Papstes erreichte die Europäische Öffentlichkeit angesichts des hundertfachen Sterbens beim Bootsuntergang am 3. Oktober mit über 300 Toten. Nach Schätzen der UN-Flüchtlingsorganisationen UNHCR sind von 1993-2012 17.000 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken.¹ Für Deutschland sind zwei Personengruppen im Sinne der Zuwendung zu den Armen besonders in den Blick zu nehmen: Die Langzeitarbeitslosen und die Pflegebedürftigen, vor allem die Demenzkranken und die sie Pflegenden. Als vierter und letzter Punkt sind dann die sozialen Unterschiede in Deutschland hinsichtlich der Einkommens- und Vermögensentwicklung in den Blick zu nehmen. Es ist

¹ <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/sechs-fluechtlinge-ertrinken-an-sizialinischen-strand-a-915865.html> (Zugriff am 15.11.13)

doch ein zentrales Anliegen der Tradition der Katholischen Soziallehre auf eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung hinzuwirken.

1. Die EU-Flüchtlingspolitik

In den nach Schengen und Dublin benannten Abkommen haben die Europäischen Staaten vereinbart, innerhalb der Gemeinschaft einen freien Raum der Reisefreiheit zu ermöglichen und die innergemeinschaftlichen Grenzkontrollen (allerdings ohne Großbritannien) abzuschaffen. Dafür sollten die Außengrenzen der EU besser gesichert werden und die Einreise in die EU hinsichtlich der VISA-Erteilung und der Asyl- und Flüchtlingspolitik vereinheitlicht werden. Für Asylbewerber und Flüchtlinge, und die damit verbundenen Asylverfahren, ist dasjenige EU-Land zuständig, auf dessen Boden Flüchtlinge die Grenzen der EU überschritten haben. Von einer solchen Regelung sind Länder wie Deutschland, die keine EU-Außengrenzen haben, begünstigt, während Länder wie Spanien, Italien, Malta und Griechenland, vor allem durch Fluchtbewegungen aus Afrika und dem Nahen Osten, stärker betroffen sind.

Die von den Fluchtbewegungen besonders belasteten Länder versuchen zum einen, sich nach außen vor dem Zustrom von Flüchtlingen zu schützen. Dies führt dazu, dass z. B. in Italien Personen, die möglicherweise Flüchtlinge aus Seenot gerettet haben, bestraft werden, weil sie angeblich einer illegalen Einreise Vorschub leisten. Flüchtlinge in Italien werden zum anderen auch nicht in Flüchtlingslagern ordnungsgemäß versorgt, ihr Asylantrag sorgfältig geprüft etc., sondern ihnen werden Papiere ausgestellt, damit sie in andere EU-Länder weiterreisen.

In Griechenland ist die Behandlung von Flüchtlingen so katastrophal und im Widerspruch zu den humanitären Standards, dass das Bundesverfassungsgericht die Rückabschiebung von Flüchtlingen, die in Griechenland EU-Boden betreten hatten und nach Deutschland weitergereist waren, entgegen den EU-Vorschriften gestoppt hat. Damit wurde Griechenland vom deutschen Verfassungsgericht bescheinigt, dass es fundamentale Menschenrechte für Flüchtlinge nicht einhält.

Den höchsten Anteil von Flüchtlingen pro 100.000 Einwohner nimmt das kleine EU-Land Malta auf. Da es vor den Küsten Afrikas liegt, ist es besonders dem Flüchtlingszustrom ausgesetzt. Malta möchte Flüchtlingsbote, die seine Küsten ansteuern, an andere EU-Länder weiterleiten oder nach Nordafrika zurückschicken.

Aus sozioethischer Sicht gibt es drei zentrale Handlungsnotwendigkeiten:

- a) Es ist ein zentrales Gebot der Menschlichkeit, Menschen in Seenot zu retten. Daher sollten der EU- Grenzschutz (Frontex) sowie die EU-Anrainer-Staaten des Mittelmeers mit ihrer Marine Flüchtlingen in Seenot zur Hilfe kommen. Auch sollten nicht länger Fischer und andere Schiffsbesatzungen, die Schiffbrüchigen helfen, einer Strafdrohung ausgesetzt sein. Es dürfen nicht länger Jahr für Jahr über 1.500 Menschen auf ihrer Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrinken.
- b) Die 27 EU-Mitgliedsländer dürfen bei der Aufnahme von Flüchtlingen die Anrainerstaaten des Mittelmeers nicht allein lassen. Es reicht nicht aus, wenn Deutschland gelegentlich in einem Gnadenakt dem überlasteten Malta 1.000 Flüchtlinge abnimmt. Vielmehr ist eine EU-weite Solidarität erforderlich, die dazu führt, dass die EU-Länder gemeinsam die finanziellen Lasten der Versorgung der Flüchtlinge tragen und die Flüchtlinge in der EU breiter verteilt werden.
- c) Die EU muss sich fragen, ob und wie sie durch ihre Politik in Afrika mit dazu beiträgt, dass es von dort Fluchtbewegungen nach Europa gibt. Wenn Fischereigründe vor afrikanischen Küsten durch europäische Fangflotten – selbst wenn geringe Pachtgebühren an afrikanische Regierungen gezahlt werden – leergefischt werden, darf man sich nicht wundern, wenn Fischer sich mit den Booten nach Europa aufmachen. Wenn die EU-Agrarpolitik subventionierte Exporte nach Afrika (z. B. von Hähnchenkeulen) ermöglicht, die dort die heimische Produktion stören, wenn EU-Länder Waffen nach Afrika liefern, wenn der auch durch europäische Länder beeinflusste Klimawandel die Lebensbedingungen in Afrika erschwert, liegen hier zentra-

le Fluchtursachen. Die EU muss ihre Politik so ändern, dass wichtige Fluchtursachen beseitigt werden.

Die EU und die einzelnen EU-Länder sollten – auch durch eine entsprechende Handels- und Entwicklungspolitik – eine solche kohärente Politik betreiben, die den Menschen in Afrika Hoffnung gibt, dass sich ihre Lebensverhältnisse vor Ort verbessern und sie nicht mehr den Anlass sehen, ihre Heimat zu verlassen.

2. Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland

Deutschland weist in den letzten Jahren eine günstige Beschäftigungsentwicklung auf. Es ist eine große Zahl neuer Arbeitsplätze entstanden. Noch nie konnten so viele Menschen Einkommen aus eigener Hände Arbeit beziehen. Die günstige Beschäftigungsentwicklung und der Anstieg an Arbeitsplätzen erwachsen aber zum einen aus der Zuwanderung aus dem Ausland, zum anderen aus der „stillen Reserve“ in Deutschland. Dies sind vor allem Hausfrauen, die bei günstiger Beschäftigungsentwicklung wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen. Der Aufschwung geht aber häufig an Langzeitarbeitslosen vorbei, weil die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) nur in geringem Umfang abnimmt. So gab es 900.000 Bedarfsgemeinschaften mit 1,9 Millionen Personen, die zwischen 2005 und 2010 ununterbrochen Bezieher von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) waren.² Einige dieser Personen bezogen zwar auch Arbeitseinkommen, das aufgestockt werden musste. Bei ihnen gelang aber keine Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt, der ihnen höhere Löhne bzw. zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten (oberhalb der 450-Euro-Grenze) erschließen konnte. Wegen der allgemein günstigen Beschäftigungsentwicklung wurde aus kurzfristigen fiskalischen Gründen 2013 das Personal der Arbeitsverwaltung reduziert und die finanziellen Mittel für Eingliederungshilfen wurden gekürzt.

Dieser Ansatz ist aber verfehlt: Besser wäre es, wenn sich die Vermittler / Fallmanager nun intensiver um den „harten Kern“ der Langzeitar-

² Vgl. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 17/12650, S. 242.

beitslosen kümmern und in einer Mischung von Ermunterung, aber auch – wo nötig – Kontrolle diese motivieren würden, sich um einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt zu bemühen, sowie wenn sie ihnen dabei wirksam helfen würden. Weil viele Langzeitarbeitslose, die bereits fünf und mehr Jahre keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen sind, erst(mals) elementare Tugenden des Arbeitslebens wie Pünktlichkeit, Durchhaltevermögen eines achtstündigen Arbeitstages erlernen müssen, bedarf es für ein solchen Personenkreis erheblicher Förderanstrengungen. Ein solcher Förderbedarf kann sich auch längere Zeit hinziehen und muss die Dauer von einem Jahr, die bei vielen 1 Euro-Jobs üblich war, überschreiten. Auch kann es möglich sein, dass vielfältige Hilfen (z. B. Kinderbetreuung bei Alleinerziehenden, Entschuldung) vorhanden sein müssen, die auch finanzielle Mittel erfordern. Daher müssen hier Mittel investiert werden.

Es kann aber sein, dass trotz solcher Anstrengungen, Versuche einer Eingewöhnung in die Arbeitswelt, der Weiterqualifizierung etc. ein Personenkreis verbleibt, der wohl nie mehr die Chance hat, in ein reguläres Arbeitsverhältnis einzutreten, wo diese Person durch hinreichende Produktivität einen angemessenen Mindestlohn erzielt. Daher wird sich die Notwendigkeit ergeben, für einen begrenzten Personenkreis längerfristig oder dauerhaft staatlich subventionierte Beschäftigungsverhältnisse zu erschließen, die solchen Personen eine Tagesstruktur und einen Lebensinhalt ermöglichen. Damit würde ihnen eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Die Gesellschaft darf nicht einfach eine größere Zahl von rd. 500.000 Personen abschreiben und ihre „Ruhigstellung“ durch Hartz IV-Zahlungen akzeptieren.

3. Verbesserungen in der Pflege

Die 1996 eingeführte Pflegeversicherung sollte einen großen Teil der bisher durch die Sozialhilfe unterstützten Pflegebedürftigen aus der Unterstützung herausnehmen. Da die Leistungen der Pflegeversicherung nicht an die Preissteigerungsraten angehoben worden sind und auch der Rentenanstieg unterhalb der Inflationsrate blieb, sind immer mehr Pflegebedürftige wieder von der Sozialhilfe abhängig geworden. Weiterhin sind die Leistungen für einen Teil der Pflegebedürftigen, nämlich die Demenz-Kranken, unzureichend. Der Pflegebegriff und die Einstufung in Pflegeklassen orientieren sich stark an dem Grad der

körperlichen Hinfälligkeit bzw. dem daraus bedingten Unterstützungsbedarf. Sie beachten nicht hinreichend den Aufwand für Demenzerkrankte, die physisch weniger Unterstützung bedürfen, aber z. B. stärker beaufsichtigt werden müssen.

Wegen der restriktiven Genehmigung höherer Pflegesätze verfügen die meisten Alten- und Pflegeheime nur über eine Personalausstattung vor allem bei Fachkräften, die sich im Grenzbereich des gerade noch Hinnehmbaren bewegt. im Grenzbereich. Daher kommt es zu Überforderungen der Mitarbeiter/innen. Dies führt zu einem dazu, dass hohe Krankenstände und eine hohe Fluktuation sowie eine relativ geringe Berufsverweildauer vorliegen. Umgekehrt werden z. T. die Pflegebedürftigen nicht optimal versorgt, weil sie nicht häufig und schnell genug gesäubert werden und zur Vermeidung eines Wundliegens nicht häufig genug umgebettet werden.

In den letzten Jahren hat die Vermeidung von Beitragssatzsteigerungen in der gesetzlichen Pflegeversicherung Priorität. Es kam 2013 lediglich zu einem Anstieg um 0,1%. Um auf die demographische Entwicklung zu reagieren, wurde eine private Zusatzpflegeversicherung eingeführt, die mit bis zu 60 Euro im Jahr staatlich gefördert wird. Diese Pflegezusatzversicherung ist aber umstritten und bisher auf geringe Akzeptanz gestoßen.

Der humane Charakter einer Gesellschaft kommt auch dadurch zum Ausdruck, wie diese Gesellschaft mit alten und pflegebedürftigen Menschen umgeht. Angesichts der demographischen Entwicklung ist in den nächsten Jahren mit einem erheblichen Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen zu rechnen. Daher stellt die Sicherung einer auskömmlichen Pflege eine große Herausforderung dar. Dabei sollte die Pflege in privaten Haushalten Priorität haben, ohne die pflegenden Familienangehörigen zu überfordern.

Insgesamt wird man in den nächsten Jahren erheblich mehr Geld für die Pflege ausgeben müssen. Daher sollte das vorrangige Ziel der Beitragsstabilität in der Gesetzlichen Pflegeversicherung aufgegeben werden. Die Beitragsanhebungen sollten für folgende Ziele verwandt werden:

- Die Pflegesätze in der ambulanten und stationären Pflege sowie das Pflegegeld in der ambulanten Pflege sollten regelmäßig an die Entwicklung der Preissteigerungsraten bzw. die Lohnentwicklung angepasst werden.
- Es sollte eine Reform des der Leistungen der Pflegeversicherung zugrundeliegenden Pflegebegriffs stattfinden und die Einteilung der Pflegeklassen reformiert werden.
- Der Beruf der Altenpfleger muss attraktiver gestaltet werden, indem bei der Gewinnung von Pflegekräften, ihrer Ausbildung und der Finanzierung der Ausbildung, sowie bei der Bezahlung Verbesserungen erfolgen, um angesichts des wachsenden Pflegebedarfs diesen Beruf attraktiver zu machen.
- Vor allem um den Bedarf in der ambulanten Pflege zu decken, kommen zunehmend Haushaltshilfen aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland, wo sie zumeist in den privaten Haushalten mit den Pflegebedürftigen zusammenleben. Außerdem werden von ambulanten und stationären Pflegediensten ausländische Pflegekräfte nachgefragt. Es kommt hier darauf an, dass diese ausländischen Pflegekräfte richtig vorbereitet (durch Deutschkurse) und eingeführt (auch hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten) sowie fair bezahlt und sozial abgesichert werden. Einzelne Diözesan-Caritasverbände haben für Haushaltshilfen in Privathaushalten Kooperationsabkommen mit polnischen Schwesternverbänden abgeschlossen.

Insgesamt muss der deutschen Bevölkerung klar gemacht werden, dass in Zukunft eine gute Pflege auch mehr kosten wird.

4. Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung

Die Soziallehre der Kirche hat sich immer schon für gerechte Löhne und eine gerechte Vermögensverteilung im Sinne einer breiten Streuung von Vermögen in der Gesellschaft eingesetzt. Die Einkommens- und Vermögensverteilung hängen zusammen, weil bei niedrigen Löhnen Personen nicht in der Lage sind, Ersparnisse zu bilden. Extrem hohe Einkommen sind nicht Arbeitseinkommen, denn selbst die höchst-

ten Managereinkommen werden noch durch Vermögenseinkommen übertroffen. Einerseits ist eine Differenzierung von Einkommen und Vermögenseinkommen durch die Lenkungsfunktion von Märkten gerechtfertigt. Ebenso führen andererseits unterschiedliche Qualifikationen und eine unterschiedliche Leistungsbereitschaft auch zu legitimen Einkommensunterschiede. Die Problematik in Deutschland liegt darin, dass auf der einen Seite vor allem im Dienstleistungsbereich ein Dienstleistungsproletariat, z. B. bei Reinigungsdiensten, Paketzustellern, im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Einzelhandel entstanden ist. Solche Branchen weisen vielfach einen niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad auf. In den letzten 10 Jahren sind hier die realen Löhne am stärksten gesunken. Auf der anderen Seite ist in den oberen Qualifikationsstufen die Schere ebenfalls auseinander gegangen. Die Managergehälter haben sich immer weiter von den Durchschnittsgehältern der Belegschaft entfernt. Während bei 80% der Beschäftigten das Realeinkommen (nach Abzug der Preissteigerungsrate) sank oder stabil blieb, stieg es lediglich bei den oberen 20%.³ 2010 verdienten 19,9% der Beschäftigten weniger als 8,50 Euro.

Hingegen stiegen die Vermögenseinkommen stärker an. Da ein Teil der Bevölkerung verschuldet ist, ein weiterer Teil der Bevölkerung fast kein Vermögen hat, verfügen nur 50% der Bevölkerung überhaupt über Vermögen und beziehen daraus Einkommen. In nennenswerter Höhe fallen die Vermögenseinkommen aber nur bei den oberen 10% an, die über 50% des Gesamtvermögens besitzen.⁴ Dieses schnellere Anwachsen von Vermögenseinkommen ist durch die Entwicklung der Finanzmärkte bedingt. Zudem wurde der Börseneinbruch von 2008 weitgehend wettgemacht. Auch der Besitz von Immobilien (Grund- und Hausbesitz) stagnierte zwar lange Jahre in Deutschland, war aber relativ stabil und steigt in den letzten Jahren stark an. Begünstigt wurde diese Konzentration von Einkommen aus Vermögen auch durch den Wegfall der Vermögenssteuer, Erleichterungen bei der Erbschaftssteuer beim Übertrag von Firmenvermögen, die Senkung des Spitzensteuersatzes sowie die Einführung eines niedrigeren Satzes für die Kapitalertragssteuer. Manche dieser Steuerbegünstigungen waren

³ Vgl. Armuts- und Reichtumsbericht, a. a. O., S. 229f.

⁴ Vgl. ebenda S. 307.

auch dadurch bedingt, dass es aufgrund der Freiheit des Kapitalverkehrs zu Vermögensverlagerungen ins Ausland kam.

Aus sozialetischer Sicht ist eine Gesellschaft anzustreben, die keine krassen Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung aufweist. Dazu können folgende Maßnahmen beitragen:

- Präventiv können Niedrigslöhne vermieden werden, wenn möglichst viele Kinder und Jugendliche zu einem Schulabschluss und anschließend zu einem Berufsabschluss bzw. einem Studienabschluss geführt werden. Dies beinhaltet die Bekämpfung von Schulschwänzen ebenso wie positive Fördermaßnahmen. Auch müssen genügend berufliche Ausbildungsplätze bereitstehen und schwachen Jugendlichen muss Hilfe geboten werden, damit sie die Ausbildung nicht abbrechen und den Abschluss bestehen. 2010 verließen 53.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss (12,8% der ausländischen und 5,4% der deutschen Schulabgänger).⁵ 430.000 Jugendliche ohne Ausbildungs- und Studienplatz mussten von der Bundesagentur für Arbeit gefördert werden. Hier gibt es noch viel zu tun.
- Im Arbeitsmarkt sollte es eine Lohnuntergrenze geben, die den schlimmsten Auswüchsen eines liberalisierten Arbeitsmarktes entgegentritt. Diese Lohnuntergrenze sollte aber regionalen Arbeitsmarktsituationen und den unterschiedlichen Lebensunterhaltskosten Rechnung tragen. Dies sollte auch deshalb geschehen, um durch einen zu hohen Mindestlohn keine Arbeitsplätze zu vernichten. Deshalb ist zumindest eine Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschland geboten. 8,50 Euro Mindestlohn sind für Ostdeutschland zu hoch.
- Trotz verschiedener Maßnahmen des Gesetzgebers zur Selbstbeschränkung der Managerentlohnung steigen die Managergehälter fast unbegrenzt. Die Verpflichtung zur Einzelveröffentlichung der Vorstandsgehälter, die Vorschrift, dass nicht allein ein kleiner Personalausschuss des Aufsichtsrates, sondern der ganze Aufsichtsrat die Gehälter beschließen

⁵ Vgl. ebenda S. 94.

muss, hat die Dynamik bisher nicht eingeschränkt. Auch die Streckung von Boni-Zahlungen auf mehrere Jahre, um kurzfristige risikoreiche Spekulationen vor allem im Finanzmarkt zu vermeiden, war bisher kaum wirksam. Ebenso wird der Vorschlag der bisherigen Regierungskoalition, in Zukunft die Hauptversammlung beschließen zu lassen, wenig Wirksamkeit entfalten. Denn die Aktienmehrheit der meisten deutschen DAX-Unternehmen befindet sich in ausländischer Hand. Oftmals sind dies US-amerikanische Investoren. Da die Gehalts-exzesse in Deutschland nach dem Vorbild der USA entstanden sind, werden US-amerikanische Investoren auf deutschen Hauptversammlungen nicht gegen hohe Managergehälter votieren. Deshalb sollte eine Obergrenze zwischen den Durchschnittslöhnen einer Belegschaft und den Managergehältern ins Auge gefasst werden. Diese wird sicherlich höher sein als die 1 : 12 Relation, die in der Schweiz zur Volksabstimmung ansteht. Sie sollte aber weitaus niedriger sein, als die Unterschiede, die bei der Deutschen Bank in der Ackermann-Ära mit dem 320fachen oder bei Volkswagen mit dem 170fachen üblich war.

- Da durch internationale Abkommen die Steuerflucht zunehmend eingeschränkt wird, ist es möglich, auch mobile Faktoren wie Kapital wieder einer stärkeren Besteuerung zu unterwerfen. Daher sollte zur sozialen Angleichung auch das Steuerelementarum genutzt werden. Eine maßvolle Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie eine höhere Erbschaftsbesteuerung bzw. der Abbau von Vergünstigungen in der Erbschaftsbesteuerung wären hier ein Weg.

Schlussbemerkung

Aus christlich-sozialethischer Sicht darf eine große Koalition keine Stagnation der gesellschaftlichen Entwicklung bedeuten. Sie muss vielmehr zentrale Herausforderungen der Gesellschaft aufgreifen, um die deutsche Gesellschaft in Richtung auf mehr Solidarität und Gerechtigkeit fortzuentwickeln. Dies muss aber im Horizont weltweiter Verantwortung geschehen. Deutschland hat sich als Führungsmacht in der EU und als eine der wichtigsten Wirtschaftsmächte in der globalen Wirtschaft dieser Verantwortung zu stellen.

Schlusswort

Bernd-M. Wehner, Vorsitzender KKV Bundesverband

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter dem Motto „**Deutschland nach der Wahl – Konsequenzen für den Regierungsalldag**“ waren Sie heute zu Gast beim 20. Herbstforum der KKV-Diözesanverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungswerk Dortmund.

Die **Federführung für den KKV** lag wieder in den bewährten Händen des Diözesanverbandes Essen – konkret bei Frau Ziolkowski von der Diözesangeschäftsstelle und natürlich von Reinhard Schaffrick, dem Vorsitzenden des Diözesanverbandes.

Und natürlich nicht zu vergessen bei Frau Elisabeth Bauer, Leiterin des Bildungswerks Dortmund der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ihnen herzlichen Dank für die wie immer gute Vorbereitung und Organisation.

Gleichzeitig danke ich den Mitgliedern des Podiums für ihre offenen und nachdenkenswertem Beiträge.

Ein besonderer Dank gilt Frau Elisabeth Bauer, von der Konrad-Adenauer-Stiftung, die kurzerhand als Moderatorin für Kurt Gerhardt, dem ehemaligen Hauptstadt- und Brüssel-Korrespondent des WDR Radio und Leiter des WDR2 Mittagmagazin, eingesprungen ist. Vielen Dank für die kenntnisreiche und souveräne Leitung der Gesprächsrunde.

Wie die derzeitigen Koalitionsverhandlungen zeigen, ist auch diesmal die Regierungsbildung nicht leicht. Ohne Kompromisse geht gar nichts. Andererseits will jeder Partner seine Vorstellungen möglichst eins zu eins umsetzen. Das das realitätsfern ist, liegt auf der Hand.

In unserer Pressemitteilung vom 27. September haben wir bereits festgestellt:

„Als stärkste Fraktion ist die CDU/CSU in der Pflicht, so schnell wie möglich, eine neue Regierung zu bilden. Das setzt aber voraus, dass sowohl SPD als auch Grüne zu entsprechenden Kompromissen bereit sind und das Gemeinwohl über Parteiinteressen zu stellen. So verständlich es auch ist, dass jede Partei ihre Interessen bzw. Ziele in einer Koalition durchsetzen möchte, so wenig haben die Bürger dafür Verständnis, wenn man jetzt Maximalforderungen aufstellt, die man realistischer Weise in einer Koalition nicht durchsetzen kann. Schließlich sind Koalitionen keine Liebesheirat. Wenn man mit dem Wunschpartner keine parlamentarische Mehrheit bekommt, muss man halt eine Vernunftehe eingehen.“

Wir appellieren deshalb auch an die Medien dazu beizutragen, dass Politik wieder einen positiveren Stellenwert erhält. Dazu gehört, komplexe politische Sachverhalte nicht auf ein paar Schlagworte zu reduzieren, sondern sie so darzustellen, dass auch Ottonormalverbraucher etwas damit anfangen kann. Dazu gehört auch, dass Politik nicht auf negative Vorkommnisse und "Skandale" reduziert wird. Wenn nur noch „eine schlechte Nachricht eine gute Nachricht“ ist, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass diese negative Sicht auch das Bild des Bürgers prägt.

Im Übrigen wäre es für eine politische Kultur sehr hilfreich, wenn das Austragen von unterschiedlichen Ansichten nicht sofort als "Streit" bezeichnet, die Diskussion von zwei Spitzenkandidaten vor der Wahl nicht als "Schlagabtausch" und das Nachgeben einer Seite beim Ringen um Kompromisse als "Umfallen" deklariert würden. Beherzigen wir doch auch in der Politik die Regel, die als das Geheimnis einer guten Ehe gilt: "Katastrophen im Leben sollte man nur als Zwischenfälle und Zwischenfälle nicht gleich als Katastrophen sehen."

Wir erinnern deshalb die Politiker daran, dass die allgemeine Politikverdrossenheit sich noch verstärkt, wenn die Wählerinnen und Wähler das Gefühl haben, dass es den Parteien bei den Koalitionsverhandlungen vor allem um Machterhalt und weniger um das politische Gestalten geht.

Wichtig ist deshalb, dass man sich an Sachthemen orientiert und hier ernsthaft versucht, Gemeinsamkeiten zu finden.

Wir unterstützen deshalb auch die Forderung von ZdK-Präsident Alois Glück, der in einem Brief an die Abgeordneten u.a. die Themenfelder Europäische Integration, Energiewende und Klimaschutz, Menschenwürde und Lebensschutz sowie die Familie und die Solidarität der Generationen als dringend zu bewältigende Aufgaben in den Vordergrund rückt. Genau das sind die Themen, die es in der kommenden Legislaturperiode zu bewältigen gilt.

Andererseits sollten aber auch die Bundesbürger keine überzogenen Ansprüche an die Politiker stellen. Wer vom idealen und unfehlbaren Politiker ausgeht, hat offenbar eine wirklichkeitsfremde Vorstellung. Auch die in der Politik tätigen Menschen sind nur Menschen und letztlich auch nur ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Politik ist "kein schmutziges Geschäft" sondern so gut oder so schlecht, wie die in ihr handelnden Personen.

Deshalb sollten die Erwartungen an die Politik auch nicht zu hoch angesetzt werden.

„Der Bundestag ist keine Versammlung von Helden und Heiligen“, wie es der wiedergewählte Bundestagspräsident Norbert Lammert, sein Vater war übrigens KKV-Mitglied in Bochum, zu Recht auf der konstituierenden Sitzung des Bundestages formulierte. Aber er gab ihnen auch mit auf den Weg: „Wir sind alle gewählt, nicht gesalbt“.

Zum Schluss bleibt mir noch die angenehme Pflicht „Dankeschön zu sagen“. Dieses Dankeschön ist – wie schon seit vielen Jahren – mit einem kleinen Geschenk verbunden – dem Wirtschaftskalender. Hier finden Sie klare Fakten, amüsante Karikaturen und treffende Sprüche, die vieles auf den Punkt bringen.

Wussten Sie übrigens, dass die Bundesrepublik am Freitag, dem 23. Mai 2015, 65 Jahre alt wird? Hierzu passend heißt es in der 21. Woche des Wirtschaftskalenders: „*Setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können.*“ (Otto von Bismarck)

Und so darf ich gleich unseren Podiumsteilnehmern und dem Moderator ein kleines Geschenk in Form eines Weinpräsenes und eben diesem Wirtschaftskalender überreichen.

Ihnen allen darf ich zum Schluss aber auch ein Versprechen machen. Unser nächstes Herbstforum findet wieder statt und zwar am Montag, dem 3. November 2014, in diesem Hause.

Ich freue mich schon jetzt, wenn wir uns dann wiedersehen.

Herzlichen Dank, dass Sie heute hier waren. Kommen Sie gut nach Hause und behalten Sie uns in guter Erinnerung.

Ein Verband stellt sich vor

Die Mitglieder des 1877 in Mainz gegründeten Verbandes KKV – Katholisch Kaufmännischer Verein (1965 umbenannt in KKV – Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung) sind aufgeschlossene, verantwortungsbewusste Männer und Frauen, die sich der gesellschaftlichen Mitte zugehörig fühlen: Selbständige, unternehmerisch Tätige, Kaufleute, Beamte, Angestellte und Techniker, sowie Auszubildende und Studenten – Jung-KKV – und nicht mehr im Erwerbsleben Stehende aus Berufen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die KKV-Orts- und Diözesangemeinschaften bieten Informationen und Deutungen zu kirchlichen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Veränderungen, geben Wegweisung in kritischer Zeit.

Glaube und Kirche, Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und soziale Ordnung, Ehe und Familie, Beruf und Arbeitswelt, Bildung, Kultur und Freizeit und nicht zuletzt Pflege der Gemeinschaft sind Themen und Anliegen, denen sich der KKV verpflichtet fühlt.

Der KKV möchte seinen Mitgliedern kein Freizeitprogramm, sondern ein Lebensgestaltungsprogramm bieten. Dazu treffen sich KKVer/Innen mit ihren Familien mindestens einmal im Monat zu Vorträgen, Diskussionen, Besichtigungen, Fahrten, Exkursionen. Vor allem soll jeder Gemeinschaft erfahren. Die Geselligkeit kommt nicht zu kurz, weil Freude und menschliche Begegnung zu einem sinnerfüllten Leben gehören.

Der KKV will motivieren, über Glaubensfragen nachzudenken. Die heutigen Probleme bedürfen mutiger Christen, die bekennend ihre Wege gehen. Auch Ihre Impulse sind uns wichtig. Offenheit und Freundschaft sind Orientierung für unser Leben. Junge Erwachsene finden eine lebendige und frohe Gemeinschaft im Jung-KKV.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann sprechen Sie uns an, oder rufen Sie an.

Bisher erschienene Dokumentationen

1. Mittelstand in Europa
Das christliche Menschenbild als Chance für Wirtschaft und Gesellschaft
(KKV-Europaabend am 5. Dezember 1994
im Vorfeld des EU-Gipfels im Dezember in Essen)
2. Business Reengineering
Radikales Konzept zur Unternehmensorganisation
Chance für den Standort Deutschland
Herausforderung für die Wirtschaftsethik
(KKV-Herbstforum am 13. November 1995 in Essen)
3. Steuerreform und Mittelstand
Nimmt der Staat mehr, als des Staates ist?
(KKV-Herbstforum am 4. November 1996 in Essen)
4. Strangulierung durch Regulierung
Schafft die Bürokratie (die) Selbständigkeit?
(KKV-Herbstforum am 10. November 1997 in Essen)
5. Soziale Sicherung grenzenlos?
Eigenverantwortung oder Solidarität
in Deutschland und Europa.
(KKV-Herbstforum am 9. November 1998 in Essen)
6. Die neue Welt der Information
Chancen für den Mittelstand
(KKV-Herbstforum am 8. November 1999 in Essen)
7. Soziale Gerechtigkeit – Nur eine Frage des Geldes?
(KKV-Herbstforum am 13. November 2000 in Essen)
8. Arbeit in neuer Selbständigkeit
Gewandelte Formen zwingen zum Umdenken
(KKV-Herbstforum am 12. November 2001 in Essen)
9. Bildung und Arbeit
Erwartungen und Forderungen an das Schulsystem und die Arbeitswelt
(KKV-Herbstforum am 4. November 2002 in Essen)

10. Quo vadis Deutschland?
Was bringt die wirtschaftliche und soziale Zukunft?
(KKV-Herbstforum am 17. November 2003 in Essen)
11. Ist die deutsche und europäische Wirtschaft gerüstet, um Partner und Mitbewerber der amerikanischen und asiatischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu sein?
Wie stellt sich NRW diesen Herausforderungen?
(KKV-Herbstforum am 8. November 2004 in Essen)
12. Ist die Deutsche Wirtschaft auf die demographische Entwicklung vorbereitet? weniger + älter = ärmer?
(KKV-Herbstforum am 7. November 2005 in Essen)
13. Energie – Sicherheit, Abhängigkeit, Alternativen
(KKV-Herbstforum am 13. November 2006)
14. Kann der Staat Pleite gehen? – Die Rückführung der Staatsverschuldung
(KKV-Herbstforum am 12. November 2007)
15. Ein asiatisches Jahrhundert? Globalisierung und ihre Folgen. Welche Gestaltungsmöglichkeiten haben wir?
(KKV-Herbstforum am 10. November 2008)
16. Finanz- und Wirtschaftskrise – Neuorientierung auf der Basis der katholischen Soziallehre?
(KKV-Herbstforum am 9. November 2009)
17. Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft
– Hoffnungszeichen für eine gerechtere Welt
(KKV-Herbstforum am 8. November 2010)
18. Gemeinsam eine aktive Bürgergesellschaft gestalten, Aufbruch für Werte
(KKV-Herbstforum am 7. November 2011)
19. Energiewende – Technische Herausforderung
–soziale und wirtschaftliche Folgen
(KKV-Herbstforum am 05.11.2012)

Herausgegeben vom

Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung

Diözesanverbände Essen e.V., Aachen, Köln, Münster, Paderborn
Essen, 2014

Der Nachdruck von Textbeiträgen ist kostenlos.

Quellenangaben und Belegexemplare werden erbeten.

Redaktionsanschrift: KKV-Diözesanverband Essen e.V.
Bismarckstr. 61
45128 Essen
Tel. + Fax: 0201 770243
E-Mail: kkv-dv-essen@t-online.de
Internet: www.kkv-essen.de